

# Klimaschutz, der allen nutzt

Die Risiken für Natur und Menschheit steigen mit jeder weiteren Tonne an emittierten Treibhausgasen. Jedes Zehntelgrad weniger zählt und verhindert Hunger, erzwungene Migration und bewaffnete Konflikte.

„Die Luftqualität, der Meeresspiegel, die Trinkwasser-Reserven, das Klima und das delicate Gleichgewicht der Öko-Systeme – all das wird von der Art und Weise, wie die Menschheit ihren Durst nach Energie stillt, stark beeinflusst. Um diesen Durst zu stillen, darf man nicht den wirklichen Durst nach Wasser schlimmer machen, oder die Armut, oder die soziale Ausschließung.“<sup>1</sup> In seiner Ansprache an Manager:innen im Jahr 2018 legt Papst Franziskus den Finger in die Wunde und mahnt, vor der Energie- und Klimapolitik die Augen nicht zu verschließen. Die Kosten des Energiehungers betreffen vor allem jene, die in ohnehin prekären sozioökonomischen Situationen leben. Damit macht der Papst einmal mehr den Zusammenhang von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit deutlich. Seine Impulse zur gegenseitigen Bedingtheit von ökologischer und sozialer Krise und ihrer Überwindung wollen wir als Caritas aufnehmen und in das eigene soziale und sozialpolitische Handeln integrieren. Grundlegend hierfür ist der Gedanke der umfassenden Verbundenheit allen Lebens.<sup>2</sup> Diese in der christlichen Schöpfungsspiritualität wurzelnde Überzeugung kann ein Entweder-oder-Denken verhindern: Energie-, Klima- und soziale Krise können nur gemeinsam – in ihrem Zusammenhang – gelöst werden.

Diese Lösung verlangt politische, gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Anstrengungen auf der ganzen Welt. Bereits beim aktuellen Stand der Erwärmung um 1,2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitraum besteht ein hohes Risiko für unumkehrbare Zerstörung. Fünf der 16 „Kippunkte“ drohen bereits heute überschritten zu werden: das Abtauen des grönländischen und westantarktischen Eisschildes, das Auftauen der Permafrostböden in Sibirien und Nordkanada oder der Zusammenbruch der Umwälzzirkulation des Labradorsees vor der Ostküste Kanadas.<sup>3</sup> Werden diese Kippunkte erreicht, wird eine Kettenreaktion mit

weitreichenden, klimaschädlichen Folgen in Gang gesetzt. Eine Entwicklung, die mit der Begrenzung der Erderwärmung im Pariser Klimaabkommen<sup>4</sup> verhindert werden sollte. Die Risiken steigen mit jedem Zehntelgrad weiterer Erwärmung oder anders formuliert: Jedes Zehntelgrad verhinderter Erderwärmung zählt und verhindert Leid, Hunger, erzwungene Migration und bewaffnete Konflikte.

Der Deutsche Caritasverband macht daher sozial gerechten Klimaschutz zum Thema seiner Jahreskampagne 2023.

## Klimakrise befördert Armut und Flucht im Globalen Süden

Überschwemmungen, extreme Hitzeperioden, intensivere und längere Phasen von Dürren, daraus resultierende Hungersnöte, Waldbrände oder der Verlust von fruchtbaren Böden beispielsweise durch Wüstenbildung sind einige bedeutende Folgen der Klimakrise. Die Anzahl der Naturkatastrophen hat sich weltweit in den letzten 20 Jahren von etwa 200 auf etwa 400 jährlich verdoppelt, 75 Prozent davon sind Extremwetterereignisse. Soziale und militärische Konflikte um knappe Ressourcen nehmen ebenso zu wie die globale Migration. Wetterbedingte Ereignisse waren im Jahr 2021 für 98 Prozent aller katastrophengebundenen Vertreibungen verantwortlich. Intensive Wirbelstürme, Monsunregen und Überschwemmungen trafen Gebiete in Südasien und Ostasien, einschließlich China, den Philippinen und Bangladesch. Die atlantische Hurrikansaison war die aktivste seit Beginn der Aufzeichnungen. Auch in Westeuropa kam es nach extremem Starkregen zu katastrophalen Fluten.

Auswirkungen des Klimawandels sind auch in den Industrieländern Nordamerikas und Europas zunehmend wahrzunehmen, doch vor allem sind es die Menschen in den tropischen und sub-

tropischen Gebieten Afrikas, Asiens, Ozeaniens und Lateinamerikas, die mit den konkreten Folgen konfrontiert sind. Bedroht sind zuallererst die Schwächsten und Verletzlichsten der betroffenen Gesellschaften – zumeist die in Armut lebenden Menschen. Sie sind dazu gezwungen, in äußerst prekären und für Extremwetterereignisse besonders ungeschützten Verhältnissen zu leben, wie zum Beispiel am Rand natürlicher Überschwemmungsgebiete oder an unbefestigten Berghängen. Sie sind nur sehr begrenzt in der Lage, sich gegen Überschwemmungen, Dürren, Ernteausfälle und Hunger oder die Zerstörung ihrer Wohnhäuser zu schützen. Die westliche Welt lebt folglich auf Kosten des Globalen Südens, auch wenn einige Schwellenländer mittlerweile einen signifikanten Anteil zur Klimakrise beisteuern.

## Für eine Klimawende, die Gesundheit fördert und Armut lindert

Auch in Deutschland sind die Verursachung und Betroffenheit ungleich verteilt. Der Klimafußabdruck der einkommensstärkeren Haushalte übersteigt den der ärmeren um das Fünfehnfache. Je größer der Reichtum, desto höher die Emissionen.<sup>5</sup>

Einkommensärmere hingegen wohnen häufig in schlecht isolierten Wohnungen mit erhöhter bioklimatischer Belastung – die Wohnungen heizen sich im Sommer stärker auf, fehlende Frischluftschneisen und eine geringe Grünflächenversorgung in ärmeren Stadtteilen führen zu Temperaturunterschieden von bis zu acht Grad Celsius. Menschen mit niedrigen Einkommen sind zudem stärker von verkehrsbedingten Luftschadstoffen (Stickoxiden, Feinstaub) und Lärm betroffen, da die preisgünstigeren Wohnungen häufig an vielbefahrenen Ausfallstraßen liegen.<sup>6</sup> Besonders gefährdet sind Menschen, die von Herzschwäche, hohem oder niedrigem Blutdruck betroffen sind, sowie Kinder, die bezogen auf ihr Körpergewicht über die Atmung mehr Schadstoffe aufnehmen als Erwachsene und zudem stärker unter Lärm leiden. Die Gefahr von Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, vermehrter Aggressivität bis hin zu Todesfällen ist die Folge.<sup>7</sup> Neben den hitze- und emissionsbedingten Gesundheitsgefahren steigt das Risiko für Wundinfektionen nach Operationen, für weitere Infektionskrankheiten und für nicht übertragbare Erkrankungen mit der zunehmenden Klimaerwärmung. Längst sind nicht alle Folgen wissenschaftlich untersucht. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) klassifiziert die Klimakrise als „die größte Gesundheitsbedrohung für die Menschheit“.<sup>8</sup>

Klimaschutz kann daher in vielfältiger Weise dazu beitragen, Gesundheit zu fördern. Der Ausstieg aus Verbrennermotoren im Verkehrsbereich und ein Ende der Kohleverstromung würden genau jene Feinstaubemissionen vermindern, die Quelle für Herz-Lungen-Erkrankungen und Allergien sind. Weniger Fleischkonsum und mehr Bewegung durch ein verändertes Mobilitätsver-

halten senken das Herzinfarkttrisiko, hohen Blutdruck, Darmkrebs-erkrankungen oder erhöhte Cholesterinspiegel. In Deutschland könnten so 150.000 Leben jährlich gerettet werden, wie eine Modellierung für das Jahr 2040 ergibt.<sup>9</sup>

Die Priorisierung des Individualverkehrs mit dem Pkw in der Verkehrspolitik in Kombination mit lückenhaftem und zu teurem ÖPNV führt dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, vor allem in ländlichen Räumen, viele Alltagsziele nicht erreichen können oder einen großen Anteil ihres Einkommens für Automobilität einsetzen müssen – oft mit alten, schadstoffreichen Autos. Wer alters- oder gesundheitsbedingt kein Auto hat oder sich keines leisten kann, leidet dann unter Mobilitätsarmut. Die ausgebremste Energiewende sowie der stetig steigende Energiehunger erhöhen die Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen auch aus autokratisch regierten Ländern samt geopolitischer Unwägbarkeiten. Eine Abhängigkeit, die mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine in ihrer Gefahr unmittelbar spürbar geworden ist und die mit den extrem gestiegenen Energiepreisen erhebliche soziale und ökonomische Verwerfungen hervorruft. Konsequenter Klimaschutz bewirkt daher nicht nur Gesundheitsschutz, sondern hilft auch, Armut in bestimmten Bereichen zurückzudrängen.

## Klimaschutz ambitioniert und sozial gerecht gestalten

Der Deutsche Caritasverband setzt sich daher für eine gleichermaßen ambitionierte wie national und international sozial gerechte Klimapolitik ein. Klimasozialpolitik muss integraler Teil einer nachhaltigen Sozialpolitik werden, ein klimafreundlicher Infrastrukturausbau Teilhabe in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge verbessern. Behauptungen, Klimaschutz führe (automatisch) zu finanzieller Überlastung Einkommensschwächerer, leiten in die Irre und verstellen den Blick auf die Möglichkeit und Notwendigkeit einer sozial ausgleichenden Klimapolitik. Sie untergraben die Legitimation der Klimawende und verschärfen damit sowohl die Klimakrise als auch die soziale Exklusion. Klimaschutz und Soziales können und müssen Hand in Hand gehen. Die Gesamtkalkulation muss die hohen Kosten der Klimaanpassung einbeziehen, die mit jedem Tag steigen, mit dem die Klimawende sich verzögert.

Zum Handeln aufgefordert sind alle: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Lokal und international. Diejenigen, die besonders viele Emissionen verursachen, sind in besonderer Weise gefordert, ihren Beitrag zur Klimawende zu leisten. Durch Steigerung der Effizienz, der Suffizienz und der Konsistenz der Maßnahmen. Es braucht abgestimmte Anstrengungen, um das Allmende-Dilemma<sup>10</sup> zu überwinden und Kompensationsregelungen, um die Veränderungsprozesse in der Großen Transformation abzusichern.<sup>11</sup> Die Politik ist aufgefordert, die Rahmenbedingungen so zu gestal-

ten, dass die Veränderung gelingt. Umgesetzt werden muss dies mit allen Mitteln, die der politische Werkzeugkasten bereithält: Ordnungsrecht, Förderprogramme, Kulturwandel und Steuerrecht. Die Wohlfahrtsverbände sind wichtige institutionelle Partner, um den kulturellen und technologischen Wandel institutionell abzusichern und darauf zu achten, dass die ökonomischen Anreize stimmen.

## Der Beitrag der Caritas ist vielfältig

Der Deutsche Caritasverband leistet in zahlreichen Bereichen einen direkten Beitrag zur Überwindung der Krisen. Mit der humanitären Hilfe von Caritas international engagiert sich der Deutsche Caritasverband für den Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Globalen Südens vor den katastrophalen Folgen des Klimawandels. So präventiv wie möglich sind die Auswirkungen von Dürren, Überschwemmungen oder Hurrikans abzuwenden, beispielsweise durch angepasstes Wassermanagement, gemeindebasierte Schutzmechanismen oder ressourcenschonende und klimaresiliente Wirtschaftsfor-

men. Not- und Katastrophenhilfe erfahren zunehmende Bedeutung, die Naturkatastrophen werden häufiger und heftiger. Neben Lebensrettung gilt es, den Wiederaufbau im Katastrophenfall – so klimaresilient wie möglich – zu unterstützen. Allein mit Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel (ohne Nothilfen) hat Caritas international im Jahr 2021 über eine Million Menschen in 68 Projekten weltweit erreicht. Nicht zuletzt ist die politische Arbeit aus der Perspektive der Länder des Globalen Südens bedeutend, um Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten deutlich zu machen, für nachhaltige sowie strukturelle Lösungen einzustehen sowie eine angemessene Klimafinanzierung einzufordern. Besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet, dass Klimaschutz im Norden nicht wieder zulasten der Länder des Globalen Südens umgesetzt wird, da dort die Ressourcen lagern, die für die Herstellung neuerer Technologien benötigt werden, wie beispielsweise Lithium für die Herstellung von Akkus. Bei der politischen Begleitung internationaler Abkommen für den Klimaschutz muss die Perspektive der ärmsten Länder stärker unterstützt werden.

Mit dem Stromspar-Check<sup>12</sup> kann die Caritas auf ein nachhaltiges Erfolgsprojekt der Peer-to-Peer-Beratung verweisen, das vorbildlich für neue Ansätze des Empowerments und der Klima-Aktion steht. Langzeitarbeitslose Menschen und Ehrenamtliche werden von professionellen Energieberater:innen zu Stromsparhelfer:innen ausgebildet. Sie beraten Haushalte mit geringem Einkommen fachlich kompetent und auf Augenhöhe, um den Strom-, Wärme- und Wasserbedarf durch gering investive Sofortmaßnahmen (Austausch von Glühbirnen, Anbringen von schaltbaren Steckdosenleisten ...) zu senken. Die klimawirksamen Einsparungen schlagen positiv im Portemonnaie der beratenen Haushalte und der Kommunen zu Buche. Aus 150 Standorten könnten 1500 werden.

Auch das Projekt „Einzigware“<sup>13</sup>, die Sozialkaufhäuser und Reparaturservices der Caritas leisten einen Beitrag an der Schnittstelle von sozialem Engagement und Klimaschutz. Bei „Einzigware“ stellen langzeitarbeitslose Menschen einzigartige Unikate aus wiederverwertbaren Materialien her – ein Upcycling-Projekt, das als Vorbild für ein breitgefächertes Recyclingsystem dienen könnte. In den circa 150 Sozialkaufhäusern der Caritas und knapp 20 Radstationen sind gut erhaltende Waren zu erwerben – ebenfalls ein Baustein für Wiederverwertung.

Nicht zuletzt, und in klimapolitischer Sicht am bedeutsamsten, ist der Beschluss der Delegiertenversammlung von 2020, in den Bereichen Gebäude, Mobilität, Beschaffung und Finanzanlagen bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden.<sup>14</sup> Klimaschutzmanager:innen werden eingestellt, Klimabilanzen erstellt, konkrete Reduktionsmaßnahmen identifiziert und umgesetzt, Machbarkeitsstudien zu PV-Anlagen erarbeitet und vieles mehr.

## Erneuerbare Energien, Effizienz und Suffizienz sind Meilensteine

Die Energiepreise sind angesichts des Ukrainekrieges und der damit einhergehenden Eruptionen auf den Energiemärkten in nicht gekannte Höhen gestiegen – mit schwerwiegenden finanziellen, gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen für breite Bevölkerungsschichten. Erneuerbare Energien sind (jetzt) nicht nur deutlich günstiger, sie verringern auch die Abhängigkeit von geopolitischen Unwägbarkeiten und Erpressungsmöglichkeiten. Nicht Klimaschutz, sondern die Abhängigkeit von fossilen Energien ist teuer und riskant. Die einzig mögliche Konsequenz lautet daher: raus aus den Fossilen. Neben dem verstärkten Ausbau der Erneuerbaren muss der Energieverbrauch deutlich gesenkt werden – bei denen, die viel verbrauchen.

Allein auf technischen Fortschritt zu setzen, reicht nicht aus, denn Effizienzverbesserungen bei Produktionsweisen und technischen Geräten führen erfahrungsgemäß zu Rebound-Effekten.<sup>15</sup> Die Frage, was braucht es wirklich, um „gut“ zu leben, wird neu

aktuell. Und dies nicht nur auf einer individuellen Ebene, sondern auch politisch: Suffizienzpolitik stellt Rahmenbedingungen bereit, damit ein ökologischer Lebensstil verwirklicht werden kann. Nicht in den negativen Kategorien des Verzichts und des „Weniger“, sondern in der positiven Ausrichtung auf ein „Mehr“ an Leben. Gerade mit Blick auf Menschen in prekären Lebenslagen ist ein solcher Ansatz zielführend, da er nicht bei denen ansetzt, die notgedrungen klimaneutral leben, sondern eine Umverteilung von Ressourcen und Gütern vorschlägt, die allen zugutekommt.

## Internationale Gerechtigkeit bildet das Fundament

Da die Auswirkungen der Klimakrise bereits heute in den Ländern des Globalen Südens in erheblichem Ausmaß spürbar sind, haben die Industrieländer die Verantwortung, die bei der Pariser Klimakonferenz 2015 zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich bereitzustellen. Dieses Geld wird für Klimaschutz-, vor allem aber auch Klimaanpassungsmaßnahmen dringend benötigt. Darüber hinaus zwingen klimabedingte Ereignisse zunehmend Menschen zum Verlassen ihrer Heimat. Unfreiwillig auf der Flucht müssen viele von ihnen eine weitere Diskriminierung erfahren, denn Klimaflucht wird bisher nicht als Fluchtursache anerkannt. Es gilt, hierfür das Verständnis zu stärken. Nicht zuletzt muss die künftige Handelspolitik einem Klimacheck unterworfen werden, damit gerade durch den Ressourcenbedarf neuer Technologien nicht weitere Abhängigkeiten und Umweltprobleme geschaffen werden.

## CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Klimageld

Ein für die Klimapolitik relevanter Ansatz ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Kombination mit einem Klimageld. Einkommensschwächere Haushalte mit ihrem geringeren Energieverbrauch erhalten mit dem Klimageld mehr zurück als den Betrag, den sie an CO<sub>2</sub>-Preis zahlen. Die ökologische Lenkungswirkung geht mit dem sozialen Ausgleich Hand in Hand. Hierfür gilt es sich einzusetzen.

## Kommunen als zentrale Akteure stärken

Viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die einerseits essenziell für vulnerable Bevölkerungsgruppen sind und andererseits bei der Umsetzung konsequenten Klimaschutzes ausgebaut werden müssten, liegen in der Verantwortung der Kommunen. Damit dieser Umbau nicht nur nach Kassenlage und in ferner Zukunft umgesetzt wird, gilt es, Klimaschutz und Klimaanpassung in den Pflichtenkatalog der Kommunen aufzunehmen.<sup>16</sup>

## Aktionsfelder Wohnen und Mobilität

Sozial- und klimapolitisch im Fokus der Caritas-Jahreskampagne 2023 stehen zwei Bereiche: Wohnen und Mobilität, denn jeder

Mensch braucht ein Zuhause<sup>17</sup> und Teilhabe ist ohne Mobilität nicht denkbar. Gleichzeitig sind die beiden Bereiche für 37 Prozent der Emissionen (22 Prozent Verkehr/15 Prozent Gebäude) verantwortlich und stehen daher im Zentrum der Transformation.<sup>18</sup>

## Gebäudesanierung in benachteiligten Stadtteilen forcieren

Die gestiegenen Energiekosten unterstreichen, wie bedeutend eine zeitnahe Transformation des Gebäudesektors hin zur Klimaneutralität auch aus sozialen Gründen ist. Denn einkommensärmere Haushalte wohnen in kaum gedämmten Wohnungen und leiden trotz geringerer Wohnfläche stärker unter den gestiegenen Preisen. Gleichzeitig sind Gebäudesanierungen in diesen Zeiten nicht trivial: Dämmmaßnahmen brauchen Zeit von der Planung bis zur Umsetzung, Investitionskosten müssen aufgebracht, Materialien bestellbar sein und Handwerker freie Kapazitäten haben. Daher gilt es, gezielt Investitionen in Gebäude in benachteiligten Stadtteilen zu forcieren.<sup>19</sup> Auch Förderprogramme zur Finanzierung von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern gemeinnütziger und kommunaler Wohnungsunternehmen können einkommensschwächere Haushalte von den steigenden Energiepreisen entlasten und Klimaschutz dort vorantreiben, wo er bisher vernachlässigt wurde. Damit wird der soziale Zusammenhalt auch städtebaulich gefördert, die (Lebens-)Bedingungen in einzelnen Gebäuden verbessert und die Lebensqualität des gesamten Quartiers erhöht.

## Modernisierungsumlage modernisieren

Gleichzeitig muss die Modernisierungsumlage reformiert werden. Sie sollte künftig nur noch in der Höhe erhoben werden, in der die Gebäudeenergiekosten sinken, damit energetische Sanierungen nicht zu Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte füh-

ren. Besonderes Augenmerk brauchen Menschen im Transferhilfebereich. Die auf die energetische Sanierung zurückzuführenden Kostenbestandteile sollten vom Jobcenter übernommen werden, gesetzliche Vorgaben für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft (KdU) sind nötig.

## Ausweitung des Stromspar-Checks

Energieeinsparung im Gebäude- und Wohnbereich braucht Beratung, weil das entsprechende Wissen nicht vorausgesetzt werden kann. Aus sozialen Gründen ist daher eine flächendeckende Ausweitung des Stromspar-Checks<sup>20</sup> erforderlich. Es sollte darüber hinaus einen Energie-Check für (junge) Menschen geben, die in ihre erste eigene Wohnung ziehen und die heimlichen Energiefresser nicht kennen. Der Ersti-Check würde zielgruppengerecht helfen, Energiekostenfallen zu vermeiden – gerade auch in WGs, in denen Energiesparen unmittelbar vom Allmende-Dilemma bedroht ist. Es könnten in diesem Zusammenhang Studierende im Rahmen von Praktika, Praxissemestern oder auch als Ehrenamtliche eingebunden werden, um den Stromspar-Check unter Peers durchzuführen.

## Klimawende braucht Verkehrswende

Die Verkehrspolitik ist der zweite große Bereich, in dem die Transformation nur unzureichend umgesetzt wird. Die Emissionen verharren seit 30 Jahren auf ähnlichem Niveau – trotz aller Effizienzgewinne durch technische Innovationen. Erforderlich ist eine tiefgreifende Verkehrswende, die Mobilität weitestgehend öffentlich organisiert, diese deutlich ausbaut und inklusiver gestaltet. Eine reine Antriebswende, bei der Verbrennermotoren durch E-Antriebe ersetzt werden, greift aufgrund des hohen Ressourcen-, Raum- und Energiebedarfs zu kurz.

Investitionen in Bundesfernstraßen liegen deutlich über denen für den überregionalen Bahnverkehr, Subventionen wie das

## IMPRESSUM

[www.neue-caritas.de](http://www.neue-caritas.de)

Herausgeber: Deutscher Caritasverband e. V.  
Redaktion: Gertrud Rogg (Chefredakteurin),  
Christine Mittelbach (CvD), Esther Baron,  
Manuela Blum, Klemens Bögner, Ingrid Jehne

Redaktionssekretariat: Christiane Steiff,  
Tel.: 07 61/200-4 10, Fax: 07 61/200-11 4 10,  
E-Mail: [redaktion@caritas.de](mailto:redaktion@caritas.de)

Redaktionsassistent: Ingrid Jehne,  
Tel.: 07 61/200-4 17,  
E-Mail: [ingrid.jehne@caritas.de](mailto:ingrid.jehne@caritas.de)

Abonnentenservice und Vertrieb:  
Bettina Weber, Lambertus-Verlag GmbH  
Mitscherlichstraße 8, 79108 Freiburg

E-Mail: [neue-caritas@lambertus.de](mailto:neue-caritas@lambertus.de)  
Tel.: 07 61/3 68 25-0, Fax: 07 61/3 68 25-33

Anschrift für Redaktion:  
neue caritas, Lorenz-Werthmann-Haus,  
Karlstr. 40, 79104 Freiburg

Anzeigen und Beilagen: Zweiplus Medienagentur,  
Tel.: 0 61 51/81 27-0, Fax: 89 30 98,  
Pallaswiesenstraße 109, 64293 Darmstadt,  
E-Mail: [anzeigen@zweiplus.de](mailto:anzeigen@zweiplus.de)

Layout: Simone Meister

Titelfoto: picture alliance/Stefano Ronchini

Druck: Druckerei Hofmann GmbH

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit  
schriftlicher Genehmigung. ISSN 1438-7832

Die neue caritas ist als Heft oder als E-Paper im Jahresabonnement erhältlich. Sie erscheint 22-mal jährlich. Ein Jahresabo kostet 99,80 Euro, für Studierende 66,40 Euro (E-Paper 34,50 Euro), Kombiabo (Print und E-Paper) 129,80 Euro. Alle Preise sind inkl. MwSt. und Versand. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugsjahres gekündigt wurde.

Das aktuelle Fachartikel-Register zur neuen caritas finden Sie über die Suchfunktion unter [www.neue-caritas.de](http://www.neue-caritas.de)

Dienstwagenprivileg, das Dieselpriileg oder die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge verzerren die Preise. Der in den Straßenverkehrsgesetzen kodifizierte Vorrang von „Sicherheit und Leichtigkeit“ des Verkehrs setzt Vorrangregelungen für den ÖPNV oder den Fuß- und Radverkehr enge Grenzen. Auch andere Ziele wie den Klima- und Gesundheitsschutz aufzunehmen ist überfällig, um den Kommunen für eine Verkehrswende die nötigen Spielräume zu schaffen. Es bedarf intelligenter Verkehrskonzepte, die intermodal angelegt sind und den Umstieg auf den ÖPNV leicht machen. Es bedarf attraktiver Knotenbahnhöfe, an denen Verkehrs- und soziale Infrastruktur zusammen gedacht werden. Umstiegshilfen der Bahnhofsmmissionen müssen sozialräumlich in die Konzeption eines verknüpften Verkehrssystems integriert werden. Ein deutschlandweit gültiges Nahverkehrsticket zu attraktivem Preis, das den Umstieg auf den ÖPNV für alle nachhaltig erleichtert („365-Euro-Ticket“) mit einer kostenlosen Variante für einkommensarme Haushalte ist ein wichtiger Schritt. Neben der Preisgestaltung und der Erreichbarkeit sind die Barrierefreiheit, die Gestaltung der Aufenthaltsräume und nicht zuletzt die Zuverlässigkeit wichtig, um den öffentlichen Verkehr attraktiv zu gestalten. Davon profitieren die Einkommensärmeren, denn die Hälfte von ihnen besitzt kein Auto, wohingegen die Hälfte der reicheren Haushalte zwei und mehr Autos ihr Eigen nennt, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Fahrleistung.<sup>21</sup>

Der Ausbau einer klimaschonenden und preisgünstigen Mobilität erfordert hohe Investitionen in die Infrastruktur. Der Abbau der regressiv wirkenden, die fossilen und klimaschädlichen Energien fördernden Subventionen ermöglicht finanzielle Spielräume, die mindestens eine Basis für den Ausbau liefern. Tempolimit, Begrenzungen der Luftverkehrsbewegungen oder eine striktere Parkraumbewirtschaftung sind weitere dringliche Maßnahmen, die dazu beitragen, dass der Energieverbrauch insbesondere einkommensstärkerer Haushalte sinkt.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle

Klimaschutz, der gleichzeitig soziale Gerechtigkeit befördert, nutzt gerade Menschen mit wenig Einkommen und anderen vulnerablen Gruppen. Eine umfassende, auch international ausgerichtete Klimagerechtigkeit strebt nicht nur die Vermeidung von Leid und Ungerechtigkeit an, sondern setzt sich auf Basis der Klimastabilität für gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen ein. Dies umzusetzen ist Auftrag und Ziel der Caritas. Packen wir beides an.

### Anmerkungen

1. *Vatican News*, <https://bit.ly/3ZkYRpw>
2. *Laudato si'* 219, <https://bit.ly/3CCbq6b>
3. <https://bit.ly/3im29bu>

4. <https://bit.ly/3XI5hn3>
5. <https://bit.ly/3vXujga>
6. [www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2020\\_pp\\_verkehrswende\\_fuer\\_alle\\_bf\\_02.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2020_pp_verkehrswende_fuer_alle_bf_02.pdf)
7. *Die Hitzeperiode des Jahres 2022 führte auch in Deutschland zu erkennbarer Übersterblichkeit*, <https://bit.ly/3VQeKSO>
8. <https://bit.ly/3ZjAOr3>
9. *Lancet Planetary Health 2021: The public health implications of the Paris Agreement*. <https://healthforfuture.de/150000-leben/>
10. *Die Allmendeproblematik bezeichnet ein sozialwissenschaftliches und evolutionstheoretisches Modell, nach dem frei verfügbare, aber begrenzte Ressourcen durch Übernutzung bedroht sind. Nicht nur die Natur ist gefährdet, sondern auch das Überleben der Menschen auf diesem Planeten.*
11. *Jüngster Bericht des Club of Rome*, <https://bit.ly/3XylrcT>
12. [www.stromspar-check.de](http://www.stromspar-check.de)
13. <https://einzigware.de>
14. <https://klima.caritas.de/caritasundklimaschutz>
15. *Es wird mehr konsumiert, da die Geräte vermeintlich sparsamer sind, der Energieverbrauch stagniert oder steigt.*
16. <https://bit.ly/3WXTURV>
17. <https://bit.ly/3inAYNs>
18. <https://bit.ly/3vRx3f7>
19. *In dem in den USA 2022 erlassenen Inflation Reduction Act beispielsweise müssen 40 Prozent eines 27 Milliarden Dollar schweren Fonds zur Reduzierung von Treibhausgasen in Investitionen in benachteiligte Gemeinden investiert werden*, [www.boell.de/de/2022/08/17/was-das-neue-us-klimagesetz-leistet-und-wo-es-versagt](http://www.boell.de/de/2022/08/17/was-das-neue-us-klimagesetz-leistet-und-wo-es-versagt), Abruf am 15.9.2022. *In Frankreich gibt es das „Habiter mieux“, ein Sanierungsprogramm, bei der die Förderung abhängig vom Einkommen ist und zwischen 35 Prozent bis 50 Prozent der Investitionssumme beziehungsweise maximal 15.000 Euro betragen kann. 45 Prozent der im Rahmen des Programms geförderten Haushalte liegen unter der Armutsgrenze. Die betroffenen Haushalte werden über lokale Stellen identifiziert, unter anderem über Sozialarbeiterinnen und -arbeiter oder Briefzustellerinnen und -zusteller. Diese und weitere Beispiele:* <https://bit.ly/3vLJLvV>
20. [www.stromspar-check.de](http://www.stromspar-check.de)
21. <https://bit.ly/3ZvG7nr>

Freiburg/Berlin, den 26. September 2022

Deutscher Caritasverband  
EVA MARIA WELSKOP-DEFFAA  
Präsidentin

Kontakt: Astrid Schaffert, E-Mail: [astrid.schaffert@caritas.de](mailto:astrid.schaffert@caritas.de)